

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1366364

Heidelberg

Protest gegen Privatisierung

VON ESKE HICKEN



Heidelberger Protest (privat)

Im beschaulichen Heidelberg steht am Sonntag der erste Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt an: Die kommunale Wohnungsgesellschaft GGH will 610 Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund an einen privaten Investor verkaufen. Eigentlich sollte das Geschäft geräuschlos und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Bühne gehen - mit einer dünnen Mehrheit hatte sich der Haupt- und Finanzausschuss für den Verkauf ausgesprochen.

Allerdings reagieren Bürger - nicht nur in Heidelberg - zunehmend empfindlich, wenn es um die Privatisierung öffentlicher Wohnungen geht: In Rostock läuft ein Bürgerbegehren, in Freiburg oder Leipzig haben Abstimmungen in den vergangenen Monaten den Verkauf kommunaler Wohnungen verhindert. Das will auch das Bündnis für den Emmertsgrund erreichen, in dem sich unter anderem der heidelberger Mieterverein, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Linke, SPD und Arbeiterwohlfahrt zusammengeschlossen haben.

Die Wohnungsgesellschaft, die selbst in der Stadt mit Plakaten für den Verkauf wirbt, bezeichnet die Wohnungen auf ihrer Homepage als "großer Verlustbringer" und beziffert die Bewirtschaftungskosten der vergangenen 20 Jahre als "Geldabfluss von rund 16 Millionen Euro". Geschäftsführer Peter Bresinski sagt dazu: "Dies wollen wir beenden und in neuen bezahlbaren Wohnraum investieren." Der Emmertsgrund gilt mit einem hohen Anteil von Migranten und Sozialhilfeempfängern als sozialer Brennpunkt. Dass die GGH diese Wohnungen verkaufen will, stößt besonders auf Kritik: "Der Verkauf hat keinerlei Vorteile für die Menschen", sagt Bündnis-Sprecher Edgar Wunder. "Aus einem Brennpunkt wie dem Emmertsgrund kann man sich als demokratisches Gemeinwesen nicht zurückziehen und es an einen privaten Investor mit Gewinninteressen verkaufen." Anke Schuster, SPD-Fraktionsvorsitzende spricht von einem "falschen Signal": Anstatt Sozialwohnungen zu verkaufen, sei die Stadt verpflichtet, diese zu unterstützen.

Für Jan Gradel, Fraktionsvorsitzender der CDU, ist das "Stimmungsmache". In der Stadt gebe es mehr Sozialwohnungen als benötigt, sagt er. "Es fehlt aber bezahlbarer Wohnraum für den Mittelstand, den müssen wir schaffen." 30 Millionen Euro will die Immobilienfirma Dreges Heidelberg für die Wohnungen bezahlen. Eine Sozialcharta soll bis 2029 unter anderem eine Mietpreisbindung und Investitionsvorgaben sichern.

Das Auftreten des Investors Dreges sorgt aber für Misstrauen: Bürgerinitiativen-Sprecher Wunder wirft der Wohnungsgesellschaft und dem Investor "völlige Intransparenz" vor. Hinter dem Unternehmen soll die vermögende Familie A. aus München stehen. Eine Information, die zwar längst in die Öffentlichkeit gesickert ist, die aber niemand offiziell bestätigen will. Dreges-Chef Nicholas Kettner vertritt laut Handelsregister als Geschäftsführer mehr als 20 Firmen.

Zwar ist es bei Immobilienkäufen üblich, für ein Geschäft eigens eine Firma zu gründen. Aber angesichts des Firmensitzes in der Neuen Grünstraße 18 in Berlin kommen Zweifel an der Professionalität des Unternehmens auf: Auf dem Klingelschild am Haupteingang ist kein Name zu finden. Lediglich auf einem Briefkasten im Flur ist mit Tesafilm ein Zettel mit den mehr als 20 Firmennamen angebracht. Am Freitagvormittag waren die Büroräume im zweiten Stock verwaist - kein Zufall offenbar, auch das Mannheimer Stadtmagazin Meier stieß an einem anderen Wochentag nur auf leere Büroräume; nach Auskunft eines Nachbarn sollen dort höchstens einmal in der Woche Mitarbeiter anzutreffen sein. Und Geschäftsführer Nicholas Kettner war telefonisch nicht zu erreichen. Auch im Internet nur Fragezeichen: einen eigenen Webauftritt gibt es nicht.

Der Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner versichert, die GGH habe ein "sauberes Verfahren"

durchgeführt, man habe mit Dreges verhandelt und sich von Seriosität, Referenzen, Erfahrung und Kreditwürdigkeit der Firma und der Eigentümer überzeugt. Die Festschreibung im Grundbuch und die Sozialcharta sorgten für Sicherheit. "Dreges ist sehr weit auf die Stadt zugegangen", sagt er. Größere Bieter seien nicht bereit gewesen sich auf weitgehendere Vorgaben einzulassen. Gleichwohl spricht sich Würzner ebenfalls gegen den Verkauf aus: "Wenn wir uns aus dem kompletten Wohnungsbestand im Stadtteil zurückziehen, ist das zu viel."

Kritik kommt auch vom Deutschen Mieterbund, der die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände ablehnt. "Wir befürchten den Verlust preiswerten Wohnraums, Mieterhöhungen und sinkende Investitionen", sagt ein Sprecher Ulrich Ropertz. Am Sonntag müssen 25 000 Heidelberger mit "Ja" stimmen, um den Verkauf zu verhindern - ein Viertel aller Wahlberechtigten.

Mitarbeit: Andreas Kraft

Kommentar: **Sagt Nein!**

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 11.07.2008 um 17:08:01 Uhr
Letzte Änderung am 11.07.2008 um 18:36:09 Uhr
Erscheinungsdatum 12.07.2008